



„Europas Seele und die Opfer von Flucht und Vertreibung“

Freikirchen fordern humane europäische Flüchtlingspolitik

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat sich in einer heute veröffentlichten Stellungnahme dafür ausgesprochen, Hilfe für Menschen in lebensbedrohlicher Not zur obersten Priorität in der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik zu machen. Wenn Europa das Recht auf Asyl aushöhle, verkaufe es seine Seele und löse sich aus einem weltweiten Rechts- und Wertekonsens.

**Kommunikation
Dr. Michael Gruber**
Johann-Gerhard-Oncken-Str. 7
14641 Wustermark

Telefon: 033234 74-102
michael.gruber@vef.de
www.vef.de

29. Juni 2018

„In Europa macht sich eine erschreckende Geisteshaltung breit: Eigene Interessen werden über den Schutz von Menschen gestellt, die in lebensbedrohlicher Not Schutz suchen“, so beginnt die Stellungnahme, die Präsident Christoph Stiba für den VEF-Vorstand gemeinsam mit Peter Jörgensen, dem Beauftragten der VEF am Sitz der Bundesregierung, gezeichnet hat. Die eigene Bequemlichkeit, der eigene Wohlstand würden höher gewertet als die Menschenrechte, das Recht auf Asyl werde ausgehöhlt. „Europa steht wie noch nie seit dem zweiten Weltkrieg in der Gefahr, sein eigenes Wertefundament und das der internationalen Staatengemeinschaft aufzugeben.“ Die Verfasser berufen sich auf das „Evangelium von der Liebe Gottes, die allen Menschen gilt“, auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, auf Artikel 16 des deutschen Grundgesetzes sowie auf die Europäische Menschenrechtskonvention.

Wissend um die Krisen und lebensfeindlichen Umstände, aus denen Menschen fliehen, plane Europa, Hilfe zu unterlassen und die Probleme vor seine Grenzen auszulagern: „Grenzschutz ist im Kern ein legitimes Anliegen. Die Abschottung gegen Flüchtlinge in elementarer Not hingegen ist menschenverachtend.“ Ein Richtungswechsel sei nun dringend erforderlich. Es müsse alles darangesetzt werden, internationale Humanitätsstandards einzuhalten und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung beherzt aufzugreifen. „Solange diese nicht erreicht sind, muss Europa mindestens denen Schutz bieten, deren Leben bedroht ist, die unter Flucht und Vertreibung leiden.“